Nummer 495

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 22. Oktober 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter handelsteil: W. Funk Berlin. Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: J. Köppen. Berlin-Friedenau. Inseratenteil: H. Rengiewicz. Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei und Verlag. Gef. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 4. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 2,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar: für den Monat Oktober 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Dickfellige Exzellenzen.

Bei Gelegenheit der Beratung eines Gesetzentwurfes, betreffend Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, nahm im alten Reichstag — es war im Jahre 1876 — der Reichskanzler Fürst Otto von Bismarck zu dem Fragenkomplex der Beleidigungen in Pressemgriffen das Wort. Nachdem er „die Heftigkeit der Presse, die Leidenschaftlichkeit, die dem deutschen Parteiwesen ohnehin eigentümlich ist" bedauert und um „Achtung vor den Meinungen der Männer, die gerade zur Regierung gehören" gebeten hatte, sagt er:

„In der Beziehung ist mir oft das Verlangen gestellt worden, ein Minister solle sich eine gewisse Dickfelligkeit verschaffen, und es wird auf andere Länder verwiesen, wo man jedem Minister straflos Beleidigungen in das Gesicht werfen könne. Meine Herren, ich muß bekennen, ich ziehe den Staat vor, wo die Minister sich noch ein feines Gefühl, eine Entrüstung, wenn sie beleidigt werden, oder wenn ihnen eine Niederträchtigkeit ins Gesicht geschleudert wird, wo die Minister sich noch die Möglichkeit, zu erröten, bewahrt haben; — kurz, abgehärtete dickfellige Minister sind nicht mein Ideal, und ich glaube, man kommt besser durch mit Ministern von feinerem Ehrgefühl."

Der alte Widersacher Bismarcks, der Zentrumsabgeordnete Windthorst, meldete sich sofort zum Wort und zog des Reichskanzlers Rede ein wenig durch die Zähne. Ihm antwortete Bismarck sogleich, es berühre ihn angenehm, mit ihm im Einverständnis zu sein, daß es wünschenswert sei, den Ton in der Presse in bezug auf Personen zu mäßigen und auf ein anständiges Niveau zu bringen. Bismarck sagte: „Ich darf also hoffen, daß — wenn das namentlich in den Blättern, die der Partei des Herrn Vorredners angehören, geschähe — ich sehr viel weniger Strafanträge in Zukunft zu stellen haben werde wegen persönlicher Beleidigung. Ich wiederhole aber, daß ich jeden Strafantrag stellen werde, wo ich mich beleidigt fühle, weil ich nur durch dieses Mittel von meiner Seite zum Erziehen des guten Tons in der Presse beitragen kann."

So war es unter dem alten Regime. Inzwischen sind fast 50 Jahre vergangen. Wir haben, wenn man den Männern vom November 1918 glauben dürfte, bessere parlamentarische Sitten, und auch die Regierung ist der öffentlichen Meinung gegenüber feinfühliger: sie hat sogar das Gesetz zum Schutz der Republik erfunden.

Umsomehr mußte es überraschen, daß der preußische Herr Ministerpräsident bis jetzt nicht Worte gefunden hat, um sich zu den Angriffen, die vom Abg. Kenkel gegen seinen Staatssekretär Dr. Weismann vor genau einem Monat erhoben wurden, zu äußern. Was Bismarck von den Ministern gesagt hat, gilt auch selbstverständlich von ihren Vertretern, den Staatssekretären, und man hätte also erwarten können, daß Herr Dr. Weismann selbst Gelegenheit genommen hätte zu einer Richtigstellung, wenn die Vorwürfe unberechtigt gewesen wären.

Wohl brachte am 26. September ein Berliner Mittagsblatt die Nachricht, daß im preußischen Justizministerium sowohl wie beim preußischen Ministerpräsidenten „zur Zeit eingehende Erwägungen schweben über Schritte, die gegen den Landtagsabgeordneten Eduard Kenkel von seiten der erwähnten Behörden eingeleiten sind." Merkwürdig dabei ist nun wieder, daß der Berichterstatter, von dem diese Nachricht stammt, sich keiner guten Beziehungen zu Herrn Sollarz und Justizrat Werthauer rühmte. Schließlich aber hörte man, das Staatsministerium sei der Ansicht, daß man im Staatsinteresse besser täte, nicht mit Klage vorzugehen.

So mußte sich also gestern der Landtag mit diesen Dingen beschäftigen. Beim Justizetat kam der deutschnationale Abgeordnete Justizrat Lüdicke auf die Sache zu sprechen. Er wies auf die vier Artikel der „Berliner Börsen-Zeitung" hin und richtete an den Staatssekretär Dr. Fritze, der für den erkrankten Justizminister Dr. am Zehnhoff erschienen war, die Frage, ob das Justizministerium nicht endlich eine erschöpfende Auskunft zu dem Falle Sollarz und zu den Vorwürfen, die sein Parteifreund Kenkel öffentlich erhoben habe, Stellung nehmen wolle. Staatssekretär Fritze antwortete: Das Verfahren gegen Sollarz sei eingestellt worden, weil die Anklage nicht zu halten gewesen wäre. Von einer Anzeige des früheren Staatsanwaltschaftsrates Dr. Gutjahr wegen unglaublicher Beeinflussung durch den Dr. Weismann habe man im Justizministerium nichts finden können, obwohl genau nachgesucht worden sei. (Große Heiterkeit.) Es entwickelte sich nun ein Zwiegespräch zwischen dem Staatssekretär und dem Abgeordneten Kenkel, der von seinem Platze aus dem Staatssekretär das Urteil des Disziplinarhofes entgegenhielt, in dem die Feststellung getroffen ist, daß Dr. Gutjahr dem Justizministerium über die Aeußerungen Weismanns Bericht erstattet, daß aber das Justizministerium darauf nichts veranlaßt hätte.

Mit bemerkenswerter Schärfe ging der Redner der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Eichhoff-Kassel, auf die Sache ein. Mit erhobener Stimme schleuderte er den Satz ins Haus: „Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß der Staatssekretär Weismann sich derartige Vorwürfe gefallen läßt!" Er betonte, diese Vorwürfe seien nicht von „erst wem" erhoben worden, sondern hinter ihnen stände das einwandfreie Zeugnis eines so angesehenen Juristen wie des jetzigen Oberlandesgerichtsrats Dr. Gutjahr, und es müsse verlangt werden, daß Dr. Weismann sofort Stellung zu den Angriffen nähme. Die Artikel hätten das größte Aufsehen erregt und es läge im Interesse des preußischen Staates, daß die Sache nicht totgeschwiegen werde.

Staatssekretär Fritze nahm wieder das Wort. Er sagte, man habe nicht damit rechnen können, daß an dieser Stelle die Angelegenheit besprochen werden würde. Sehr richtig rief ihm der Abgeordnete Dr. Leidig zu: „Wo soll sonst die Sache besprochen werden; wenn nicht hier im Parlament?" Staatssekretär Fritze teilte mit, daß er soeben dem Staatssekretär Dr. Weismann telephonisch Nachricht von den Vorgängen im Hause habe geben lassen und daß er erwarte, Staatssekretär Weismann werde erscheinen. Während der ganzen Zeit dieser Auseinandersetzungen herrschte andauernd große Erregung im Hause. Es vergingen zwei Stunden, bis sich um ½7 Uhr nach einer langweiligen Rede des Kommunisten Obuch das Haus vertagte, — aber Staatssekretär Dr. Weismann war nicht erschienen. So wird damit zu rechnen sein, daß die Angelegenheit bei der heutigen fortgesetzten Beratung des Justizetats noch eine Rolle spielen wird.

H. D.

Die schweren Bedenken gegen den Vertrag von Locarno.

Vor der Entscheidung der Deutschnationalen.

Die im Laufe des gestrigen Tages verschiedentlich abgesagte Fraktionssitzung der Deutschnationalen Volkspartei begann am Abend gegen einhalb acht Uhr. Seit drei Uhr nachmittags tagte bereits der Fraktionsvorstand. Wie wir erfahren, drehte sich die Aussprache im wesentlichen um die Bedenken gegen den Westpakt, sowie gegen die Tragweite der Zusagen der Alliierten hinsichtlich des Rheinlandes, die sich auf Grund der Veröffentlichung des französisch-polnischen Schiedsvertrages und der englischen Interpretation des Westpaktes sowie der Aeußerungen des französischen Außenministers über die Rückwirkungen im Westen erheblich verstärkt hatten. Auch die Besprechungen, die der Reichskanzler Dr. Luther im Laufe des Mittwochvormittag und in den ersten Nachmittagsstunden mit den deutschnationalen Parteiführern Schiele und Graf Westarp gehabt hatte, gelten vornehmlich diesen Bedenken.

*

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns mitgeteilt, daß die Beratung der Deutschnationalen Volkspartei lediglich informatorischen Charakters war. In einer lebhaften Aussprache wurde der gesamte Fragenkomplex, zu dem die Locarnoer Verträge Anlaß gaben, erörtert. Irgendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt! Die Fraktion behält sich ihre Stellung vor und wartet zunächst den Ausgang der heutigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses ab. Gegen Abend nimmt die Fraktion die Beratungen aufs neue auf.

Der Beschluß der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder.

Erst die Maßnahmen im besetzten Gebiet abwarten.

Zu der bereits im gestrigen Abendblatt gemeldeten Beratung der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder meldet W.T.B.:

Berlin, 21. Oktober.

Heute vormittag traten die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder mit den Mitgliedern der Reichsregierung unter Vorsitz des Reichskanzlers zu einer Aussprache über das Ergebnis der Ministerzusammenkunft von Locarno in der Reichskanzlei zusammen.

Nach Berichterstattung durch den Reichskanzler und den Reichsminister des Auswärtigen fand ein eingehender Gedankenaustausch über die mit dem Werk von Locarno zusammenhängenden Fragen statt; insbesondere wurden die für die besetzten Gebiete zu erwartenden Rückwirkungen ausführlich erörtert.

Die Erschienenen sprachen den deutschen Delegierten für die im Interesse der Sicherung des Weltfriedens und der Verständigung der Völker in Locarno getätigten Arbeiten ihren Dank aus, gaben dabei jedoch übereinstimmend der Ueberzeugung Ausdruck, daß das Vertragswerk erst dann als endgültig abgeschlossen angesehen werden könne, wenn, insbesondere in den besetzten Gebieten, Mahnahmen erfolgten, die beim verkündeten Geist des Friedens entsprächen und den berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes Rechnung trügen.

Stresemanns Interpretation des Ergebnisses von Locarno.

Er sieht darin eine Verstärkung des polnisch-französischen Bündnisses.

Warschau, 21. Oktober.

Außenminister Graf Strzynski hielt heute mittag im Auswärtigen Ausschuß des polnischen Landtages sein erwartetes Exposé über das Ergebnis der Konferenz von Locarno. Einleitend erörterte er die Bedeutung des Rheinpaktes für Polen. „Es erhebt sich jetzt die wichtige Frage," so führte der Minister aus, „ob dieser Pakt nicht eine eiserne Barriere bildet, die in Zukunft Frankreich vom übrigen Europa trennt und

ob Frankreich das Recht hat, uns zu Hilfe zu kommen.

Der Pakt sagt Ja, denn auf Grund des Art. 16 der Völkerbundsatzung kann Frankreich für den Fall, daß Polen von Deutschland angegriffen wird, uns zu Hilfe kommen.

Was das neue polnisch-französische Bündnis anbetrifft, so muß gesagt werden, daß es die früher abgeschlossenen Verträge nicht annulliert, bringt es doch ausdrücklich zur Kenntnis der andern Staaten, daß Frankreich verpflichtet ist, einem angegriffenen Polen Hilfe und Beistand zu leihen. Es ist dies

eine klarere Formulierung als im früheren Bündnisvertrage.

Die Aufgabe des deutsch-polnischen Schiedsvertrages ist, alle Rechtsstreitigkeiten durch obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit, alle materiellen Interessengegensätze durch ein nicht verpflichtendes Schiedsverfahren aus dem Wege zu räumen.

Es ist klar, daß Rechte, die sich aus den bestehenden Verträgen ergeben, wie zum Beispiel der Besitz eines Landstriches, bei diesem Verfahren nicht zur Diskussion gestellt werden können, denn die internationalen Tribunale sind für Abänderungen der bestehenden Verträge nicht zuständig, und auch das Schlichtungsverfahren kann nicht zur Aenderung eines grundlegenden Rechtes irgend eines Staates ohne beiderseitige Zustimmung führen.

Wir fanden in Locarno volles Verständnis für unsern Standpunkt bei Chamberlain. Wir erreichten außerdem

die Verstärkung unseres Bündnisses mit Frankreich.

Sicherlich sind die in Locarno abgeschlossenen Verträge noch nicht vollkommen, doch sind sie ja auch nur ein Ausgangspunkt und ein Wegweiser für die zukünftige Arbeit. In Locarno wurde eine politische und moralische Festung errichtet, die zur Vermehrung der Sicherheit des polnischen Staates beiträgt.

Tagung der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei ist auf Dienstag, den 27. d. M., einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Beratungen über die Verträge von Locarno.

Militärische Gedanken zu dem Vertrag von Locarno.

Wunschgedanken und idealistische Utopien erlosten in der Welt der Wirklichkeit auf die Dauer Schiffbruch. Nur realpolitisches Denken kann zum Erfolge führen.

Der Vertrag ist paraphiert worden. Ehrliche Friedensfreunde und Konjunkturpazifisten jubeln. Der sogenannte Frieden von Versailles war noch dem Weltkriege der erste Schritt zu einem neuen Kriege. Er ist durch die Vereinbarungen von Locarno nicht zurück getan worden. Nur der andere Fuß ist behutsam in die Richtung zu einem wirklichen Frieden vorgeschoben worden.

Aus welchen Gründen die Siegerstaaten sich zu dem Wege der Verständigung entschlossen haben und wie die getroffenen Abmachungen allgemein politisch zu werten sind, ist in den Spalten dieser Zeitung mehrfach besprochen worden. Diese Ausführungen sollen nur die militärische Seite der Verträge beleuchten.

An der Konferenz nahmen Soldaten nicht teil. Sie hätten das freundliche Bild rückhaltloser Friedensbeteuerungen gestört. Ihr Schatten ließ sich aber nicht verwischen, denn der Geist eines Foch verhinderte die einzig vernünftige Forderung auf sofortige Räumung des ganzen Rheingebietes. Es geschieht schon die ganze Unverfrorenheit der Gegenseite dazu, die Beendigung der Militärkontrolle und die Räumung der Kölner Zone als ein Entgegenkommen zu bezeichnen, Fragen, deren Lösung nicht einmal schriftlich besprochen, sondern der wohlwollenden Initiative der Alliierten überlassen wurde. Die deutsche Entwaffnung ist durchgeführt, und die andere Seite hat schleunigst das Deutschland zugefügte Unrecht wieder gutzumachen. Wenn, wie wir verlangen, dies in den nächsten Wochen geschieht, so ist zu erklären, wie der Völkerbund das ihm zustehende Recht der weiteren Rüstungskontrolle ausüben will. Das auf den etwaigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund frühzeitig vorbereitete Investigationsverfahren ist von der deutschen Regierung schon vor Monaten entschieden abgelehnt worden. Es stellte den französischen Versuch dar, unter anderem Namen die schmählichen Methoden der Bespitzelung und der Verletzung der nationalen Würde in Deutschland zu verewigen. In dieser Frage muß Deutschland verlangen, daß der Völkerbund jeden Staat mit dem gleichen Maße mißt und daß die Kontrolle der Abrüstung Frankreich ebenso wie Deutschland auferlegt wird. Wenn der immer wieder aufgestellte Satz, daß es nunmehr keine Sieger und Besiegten mehr gäbe, wahr gemeint ist, so müßte es leicht sein, eine befriedigende Lösung zu finden.

Nach dem Schlußprotokoll verpflichten sich die Unterzeichner, die vorgesehene Entwaffnung zu beschleunigen. Die nächsten Monate werden zeigen, inwieweit Frankreich, Polen und die Tschechei diesem Versprechen nachkommen werden. Wir dürfen uns aber darüber nicht täuschen lassen, daß eine mit großem Geschrei verkündete Verringerung der Kopfzahl der stehenden Heere keine Abrüstung bedeutet. Zu dieser wären Frankreich und Polen schon allein aus finanziellen Gründen auch ohne den Sicherheitspakt gezwungen worden. Abrüstung bedeutet den Zustand, in dem sich Deutschland befindet, die Zerstörung des modernen Kriegsmaterials und das Verbot jeder Vorbereitung einer Mobilmachung im staatlichen Leben. Solange das Versailler Diktat den Einen fesselt und dem Anderen alle Freiheit des Handelns läßt, wird die nationale öffentliche Meinung die Gleichheit zu erzwingen suchen müssen. Diese Forderung kann einmal zur Sprengung des Völkerbundes führen, denn es ist ein auf die Dauer unhaltbarer Zu[illegible]nd, daß sich einige Staaten als ultima ratio auf ein Machtinstrument stützen können, während den [illegible] anderen nur der Appell [illegible] das Recht bleibt, das im G[illegible] immer nur fi[illegible] sein wird, sobald M[illegible]ölkerleben [illegible] werden sollen.

[illegible]fragen entschieden werden [illegible] nunmehr im Die Versailler Grenzen [illegible] tiert. Auch [illegible]ten von England und Italien ga[illegible] Versprechen gibt keine volle Sic[illegible], denn Eng[illegible] sich in absehbarer Zeit hüten, [illegible] Interesse deh[illegible]

In Haag wurde gestern die bis zum 25. Oktober dauernde Eisenbahnkonferenz eröffnet, der mit der Feststellung der internationalen Kursbücher befaßt. Vertreten sind 28 Länder, darunter auch Deutschland und das Saargebiet.